

Richard Meng

Das Gen der Volkspartei

Wie nah sich Union und SPD sind

Union und SPD »sticken« ähnlicher, als viele in den Parteien es sich zugeben. In den Jahren der Großen Koalition führte das nicht nur zu Abgrenzungsproblemen. Mitunter haben die tief verankerten Reflexe der Volksparteien einander auch verstärkt – wie beim Wettlauf um die tagespolitisch gute Tat, zum Beispiel in der Finanzkrise.

Früher war sie ein Journalistenprivileg, diese ganz konkrete Erfahrung. Nur wer von Berufs wegen sowohl Parteitage der Union als auch der Sozialdemokraten besuchte, hat sinnlich erleben können, wie ähnlich die großen Volksparteien ihre Angelegenheiten regeln. Dann kam der Spartensender *Phoenix*, die Akteure konnten erstmals live bei der Konkurrenz zuschauen – und manch einer war überrascht, dass da einiges recht vertraut wirkte. Ab 2005 folgte die offizielle Rollenteilung von Berlin. Oder sollte man sagen: die Doppelrolle? Am Kabinetttisch hatte die Große Koalition jedenfalls nicht nur Fremdheitserlebnisse. Mindestens so oft dominierte der Wunsch, bloß nicht den anderen das zu überlassen, was man selbst gerne täte.

Ist das eine zu ungnädige Sicht? Im Wahljahr passt sie nicht zur Selbstwahrnehmung. Da überdecken inhaltliche Zuspitzungen die zwischenzeitlich entstandene Vertrautheit. Jetzt ist demonstrative Abgrenzung angesagt, ernst gemeint. Die SPD, deren Wählerspektrum stärker nach links erodierte als das der Union nach rechts, hat das besonders nötig. Aber die verbreitete These von der permanenten – rein taktischen – Schauspielerei in der Politik ist dumm und oberflächlich. Beides, Annäherung und Abgrenzung, kann professionell zwingend sein. Gelernt zudem in Jahrzehnten, in denen auf Bundesebene wegen der Verhältnisse im Bundesrat sowieso in wesentlichen Fragen am Ende letztlich Union und SPD einen Minimalkonsens



Richard Meng

(* 1954) ist seit Dezember 2007 Sprecher des Senats von Berlin.

sprecher@senatskanzlei.berlin.de

finden mussten. Aber gerade weil das so ist, bleibt auch die Näheerfahrung jenseits von gegenläufigen Wahlinteressen in einem kulturellen Sinne authentisch. Da gibt es nun einmal große Schnittmengen.

Auf das Urteil welcherart Menschen man Wert legt und was es bedeutet, das politische Ganze zu repräsentieren; wann man klugerweise schweigt und wann man offensiv werden muss; wann Personal nicht mehr zu halten ist und wann um des öffentlichen Eindrucks willen auch schlechte Kompromisse besser sind als gar keine – in solchen Fragen der politischen Professionalität agieren Parteien wie Union und SPD, die auf Führungsfähigkeit (das hieß bisher, je nach regionalem Parteiensystem: 30-40 % Zustimmung) abzielen, eben anders und einander ähnlicher als Parteien, für die 10 % ein schönes Ergebnis darstellen. Das ergibt im Fall der Großen Koalition eine Zielgruppe von zusammen um die 70 %. Allein dies prägt deren Politik mitunter fundamental anders, als es in jedem Bündnis mit wirtschaftsliberalen, grünen oder ostdeutschen Lobbyisten der Fall wäre.

Die FAZ-Journalisten Eckart Lohse und Markus Wehner haben sich jetzt in einem Buch über die Große Koalition zu der – lobend gemeinten – These verstiegen, es gebe in den Volksparteien eine »horizontale Trennlinie, die einen sehr kleinen Kopf von einem riesigen Körper trennt«. Soll sagen: Wenn die Berliner Spitzen gegenüber ihrer jeweiligen Basis könnten, wie sie wollten, wären die Unterschiede gering und es würde am großkoalitionären Kabinetttisch wegweisende Politik gemacht. Das ist eine These mitten aus der Berliner Käseglocke, unter der Politikspitzen und Medien gemeinsam gar so gerne die Welt neu erfinden würden, möglichst ungestört.

Solche Wunschprojektionen mögen manchmal Teil der großkoalitionären Konsenskultur sein, die Protagonisten dafür gäbe es. Freilich: Viel interessanter ist doch, dass es trotz mancher extremer Wahlschlappen die vorausgesagten tief reichenden internen Legitimationsprobleme in den Koalitionsparteien zwischen 2005 und 2009 nicht gab. Nicht zuletzt deshalb: Weil im politischen Diskurs die artgleiche (insbesondere führungsgerechte) Opposition fehlte. Weil deswegen nie die Spannung eines möglichen Machtwechsels aufkommen konnte, der zugleich ein Politikwechsel gewesen wäre.

Handlungsfähigkeit zeigen

Es war nicht zuletzt anhand der Medienresonanz zu spüren, wie stark große Koalitionen das Gefühl politischer Machbarkeit prägen. Hier hat das Wort vom *Massenmedium* noch seine Berechtigung: Medien, die in der gesamten Öffentlichkeit Publikum suchen, sind nun einmal nicht kampagnenfähig entlang politischer Linien, die letztlich nur von einer oder maximal zwei Zehn-Prozent-Parteien repräsentiert werden. Das Wesen der Volksparteien ist es dagegen, dass sie, egal ob in Regierung oder

Opposition, immer selbst die Mehrheitsfähigkeit suchen müssen und sich deshalb oft zu schnell in einen Denkkorridor einsperren lassen, in dem die Mehrheit gerade vermutet wird.

Nun führt das Volkspartei-Gen in großen Koalitionen aber auch zu gegenseitigem Belauern, Ausbremsen oder Überholen auf gleicher Spur, selbst wenn Zweifel an dieser Grundrichtung bleiben. Das war zu Beginn der Wahlperiode so mit der medial bejubelten Verlängerung des Rentenalters, die rational richtig ist, aber bei wachsender Arbeitslosigkeit aus volksparteilichen Vernunftgründen wieder durch flexiblere Wege in die Rente abgefedert werden wird. Es war anhaltend so beim Thema Afghanistan-Einsatz, wo das Unwohlsein beständig wächst, aber aus Gründen der internationalen Verantwortung einstweilen kein Handlungsspielraum erkennbar ist. Es ist jetzt speziell bei den Reflexen auf die erste globale Krise so.

Von der Abwrackprämie bis hin zu direkten Hilfen an Einzelkonzerne: Entscheidend ist auch bei solch höchst fragwürdigen Entscheidungen immer der Antrieb, dass Parteien mit Führungsanspruch handeln müssen. Dass nationale Politik nicht einfach unter Hinweis auf die globale Wucht und Unbeeinflussbarkeit der Ereignisse abdanken kann, zumal es ja um reale Schicksale geht. Dass aber eben auch bei Strafe des politischen Untergangs eine gelernte Rolle zu verteidigen ist. Die Akteursrolle.

Selbst wenn dann nur voller Ungewissheit getan wird, was alle anderen auch tun. Und durch teures Symbolhandeln vielleicht nur Zeit gekauft wird, und sei es bis zum Herbst nach der Wahl, begleitet von exorbitanten neuen Staatsschulden. In Worten Heinrich Bölls: Es muss etwas geschehen – es wird etwas geschehen. Die Gesamtrechnung wird irgendwann später offen liegen. Auch das gehört ja zur Grunderfahrung der Volksparteien: Ein Politikjournalismus, der in diesen Zeiten ganz be-

sonders lemmingshaft wirkt, wird sich ohne relevanten Kläger nicht zum Richter aufspielen.

Ein vergleichbarer Effekt zeigt sich seit Jahren bei Themen wie Staatseigentum und Bildungspolitik: Wenn beide Volksparteien (sei es aus Ideologie oder nur aus Gründen kurzfristiger Haushaltseffekte) Privatisierungsstrategien öffentlichen Eigentums betreiben, gibt es darüber keine grundlegende, kontroverse Debatte in der Gesellschaft mehr. Erst der Stopp der Bahnreform – letztlich durch Verweigerung einer Mehrheit in der SPD – hat hier neuen Diskurspielraum gebracht. Oder: Solange die Bildungspolitik von Union und SPD gleichermaßen darauf setzt, Schulen und Hochschulen möglichst eigenverantwortlicher arbeiten zu lassen (also: politischen Einfluss zurückzunehmen), wird es auch keine Debatte darüber geben, wie sehr damit gesellschaftliche Verantwortung für Stil und Inhalt von Bildung schwindet.

Wie ernst Politik sich selbst nimmt: Das wird nach wie vor zuerst in den großen Parteien entschieden. Ob Handlungsmut oder Lavieren: Ihre Praxis prägt den Spielraum

des Politischen und damit auch die Medienwelt weit mehr, als sie es sich mittlerweile selbst noch zutrauen. Und es gab in den großkoalitionären Jahren durchaus subkulturelle Botschaften in die Gesellschaft hinein, die wichtig waren. Neue Unaufgeregtheit zum Beispiel, was die schrittweise Weiterentwicklung des Sozialstaates anbetrifft: Vorbei der öffentliche Alarmismus, den die Union während der Schröder-Jahre so erfolgreich geschürt hatte. Eine andere dieser Botschaften: Der Staat ist, wenn es eng wird, letztlich doch der entscheidende Akteur. Auch und gerade für die Wirtschaft.

Wenn Volksparteien gleich ticken

Es wird spannend werden, wie sich das Volkspartei-Gen in der nächsten Generation vererbt, leichte Mutationen ja immer inbegriffen. Manche der 40-Jährigen wirken – koalitionsübergreifend – in ihrer managerhaften Attitüde austauschbar und erfahrungsarm. Aber sie erleben mit der Finanzkrise gerade einen Bewährungsfall,

der sie so oder so prägen wird. Schon durch die wahrlich schicksalhafte Neuverschuldung, die sprichwörtlich für Generationen wirkt. Gerade deshalb ist die Vorwahl-Show mit der parallel für die Nachwelt beschlossenen, in der Substanz wachsweißen Schuldenbremse ein durchsichtiges, oberflächliches Spiel. Obendrein, was die Sache besonders unappetitlich macht, eines mit der Verfassung. Auch so etwas geht nur, wenn Volksparteien gleich ticken.

Im tief verwurzelten Denken der Gesellschaft indes stehen sie für das, was relevant ist – im Unterschied zu den Klientelparteien. Das ist der politisch-kulturelle

Kern. Deshalb wird in den großen Parteien zwar nicht unbedingt entschieden, welche Ideen es gibt – aber sehr wohl, welche sich durchsetzen. Die sich ausdifferenzierende Gesellschaft kann dabei mit abstrakten alten Lagerzuordnungen, sei es nun konservativ oder links drapiert, immer weniger anfangen. Wer mittelfristig besser aus der Übergangszeit der Großen Koalition herauskommen will, muss die Relevanz seiner Themen und Ziele verkörpern. Da, das zeigen alle Indikatoren, hat in den Jahren seit 2005 das Soziale im Vergleich zum Individuellen an Bedeutung zurück gewonnen.

Lale Akgün

Was kommt nach der großen Show?

Vier Jahre Integrationspolitik

Ein Blick auf die Taten hinter den Worten zeigt: Die Integrations- und Islampolitik der letzten vier Jahre war bei Weitem nicht so innovativ und zukunftsweisend, wie sie beworben wurde. Im Gegenteil: Neue Restriktionen, verpasste Chancen und ein verfehelter Trend zur Kulturalisierung sind die Folgen.

Lale Akgün

(* 1953) SPD-MdB, ist Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union. Im Krüger Verlag erschienen 2008: *Tante Semra im Leberkäseland: Geschichten aus meiner türkisch-deutschen Familie.*

lale.akguen@bundestag.de



»Einigkeit und Recht und Freiheit«: Angela Merkel hat am 12. Mai 2009 gemeinsam mit 16 gerade eingebürgerten Migrantinnen die Nationalhymne angestimmt und den Neubürgern ihre Einbürgerungsurkunden übergeben. Die Kanzlerin wollte damit ein Zeichen für Integration und mehr Einbürgerungen setzen. Tatsächlich aber ist die Zahl der Einbürgerungen in der Amtszeit Merkel weiter zurückgegangen.

Ein Grund dafür sind die erschwerten Bedingungen, unter denen Einbürgerungen überhaupt möglich sind. Die Veranstaltung der Kanzlerin ist damit widersprüchlich und aufschlussreich zugleich. Aufschlussreich, weil sie uns den Kern der Integrationspolitik der vergangenen vier Jahre offen legt: Symbolpolitik. Eine Symbolpolitik, die nicht verbergen konnte, dass neue Restriktionen geschaffen wurden und drängende Fragen einer Antwort harren. Widersprüchlich, weil Reden und Handeln auseinanderfallen.

Symbolpolitik war es, als nach der Wahl 2005 das Amt der Integrationsbeauftragten in das Bundeskanzleramt integriert wurde. Der symbolischen Aufwertung des Amtes stand kein realer Machtzuwachs gegenüber. Die neue Integrations-